



# Mehr Sicherheit für Arbeitnehmer statt mehr Flexibilität für Arbeitgeber

Pressemitteilung von Klaus Ernst, 07. Januar 2016

**"Der Referentenentwurf zu Leiharbeit und Werkverträgen bleibt ohnehin weit hinter den Anforderungen zurück. Dass die Bundeskanzlerin selbst diese bescheidenen Maßnahmen ablehnt, ist reine Interessenspolitik zugunsten der Arbeitgeber. Es ist fern jeder Gerechtigkeit, wenn zwei Menschen monatelang die gleiche Arbeit im gleichen Betrieb leisten und der eine deutlich schlechter bezahlt wird als der andere. Die Bundesregierung wird nicht müde, den guten Zustand der Wirtschaft festzustellen. Dann muss gerechte Entlohnung eine Selbstverständlichkeit sein", erklärt Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. Ernst weiter:**

"Es ist Etikettenschwindel, wenn Frau Merkel in ihrer Neujahrsansprache einerseits mahnt, es komme darauf an, dass wir uns nicht spalten lassen, und andererseits mit Leiharbeit und Werkverträgen die Spaltung von Belegschaften zulässt. Die Betonung der Tarifautonomie durch die Bundesregierung wird zu einem hohlen Spruch, wenn man gleichzeitig

hinnimmt, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zweiter Klasse geschaffen werden. Die Bundesregierung weiß, dass die Durchsetzungsmacht der Gewerkschaften – und damit die Tarifautonomie – durch Leiharbeit deutlich geschwächt wird. Diese bewusste Einteilung von Arbeitskräften in zwei Klassen ist unerträglich. Wir brauchen nicht mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt, sondern mehr Sicherheit für die Beschäftigten. Und zwar ab dem ersten Tag der Beschäftigung."